

Gedenken am Tag der Befreiung in Gronau

8. Mai zum Feiertag erklären!

»Am 8. Mai 1945 war ich noch in Österreich. Ich hatte die Konzentrationslager Auschwitz, Mauthausen, Gusen I und Gusen II überlebt. [...] Der Hunger wurde unerträglich [...] Doch ich war 20 Jahre alt, hatte vier Konzentrationslager überstanden und wollte leben!«

Diese Erinnerungen des Polen Stanisław Zaleski leiteten in Gronau die Gedenkveranstaltung zum 8. Mai ein, zu der sich unter anderem Mitglieder der GEW, der VVN-BdA und der Partei Die Linke auf dem Marktplatz versammelten. Ralf Jürgens, Sprecher der VVN-BdA Kreisvereinigung Hildesheim, wies in seinem verlesenen Grußwort

In seinem verlesenen Grußwort erinnerte der Sprecher des Landesausschusses »Courage gegen Rechts« der GEW, Ralf Beduhn, an die große Freude über das Kriegsende in den vormals von deutschen Truppen besetzten europäischen Nachbarländern sowie unter den Gegnern des Nationalsozialismus. Hier nannte er Sozialdemokraten, Kommunisten, manche Konservative und Christen sowie die überlebenden Juden, Sinti und Roma, verfolgte Homosexuelle und Zwangsarbeiter. Allerdings, so stellte er auch fest, habe ein großer Teil der Deutschen die Befreiung 1945 eher als Niederlage bedauert und sich anschließend als Opfer gesehen. Problematisch sei ebenfalls gewesen, dass die sogenannte Entnazifizierung im Zuge des Kalten Krieges schnell wieder beendet wurde: »Kein einziger Richter, der vor 1945 Unrecht gesprochen hatte, wurde entlassen, fast alle Lehrer, die im »Nationalso-

Die VVN-BdA Niedersachsen führt eine Unterschriftensammlung durch, um den 8. Mai zum Feiertag in Niedersachsen erklären zu lassen. Bewohner:innen des Bundeslandes können unter der Adresse weact.campact.de/p/8Maifrei unterschreiben. Zusammen mit den auf Papier gesammelten Namen haben inzwischen über 1.000 Unterzeichner:innen das Vorhaben unterstützt. **jtf**

zialisieren» darauf hin, dass auch Gronau Anfang April 1945 von US-Soldaten aus der Herrschaft des Faschismus befreit worden war und erinnerte an die 55 Millionen Opfer von Naziterror, Rassismus, Holocaust und Vernichtungskrieg, darunter auch italienische Militärinternierte in Hildesheim.

Besonders betonte Jürgens, dass der Faschismus nie wieder an die Macht kommen dürfe: Es sei »unerträglich, dass eine Partei wie die AfD im Bundestag und in Landtagen ihre rechtspopulistische bis faschistoide Politik betreiben kann.«



»Keine Kompromisse auf Kosten des Flüchtlingsschutzes bei der europäischen Asylrechtsreform«, forderten Demonstrierende am 6. Juni unter anderem auf Hannovers Küchengarten. Kurz vor der entsprechenden Entscheidung in Brüssel verlangte unter anderem die VVN-BdA, den »Krieg gegen Geflüchtete« zu beenden und die »Abschaffung des Asylrechts« zu stoppen. Foto: Jörg Teichfischer

zialistischen Lehrerbund« organisiert waren, unterrichteten wieder in den Schulen, und in den Führungsgremien der wiederauflebenden Konzerne saßen Kriegsgewinnler und Kriegsverbrecher. Und in der Politik mischten in erheblicher Zahl ehemalige NSDAP-Mitglieder bzw. maßgebliche Unterstützer der NS-Politik mit.«

Beduhn forderte deshalb, den 8. Mai aus der Sicht der Widerstandskämpfer, Verfolgten und Zwangsarbeiter zu betrachten und ihn in Niedersachsen und bundesweit

Neue Broschüre der VVN-BdA Lüneburg Das jüdische Kinderheim 1946-1948

»Ein jüdisches Kinderheim in Lüneburg 1946 bis 1948« lautet der Titel einer von der Lüneburger Kreisvereinigung der VVN-BdA im Mai 2023 herausgegebenen Broschüre. Die Schrift (108 Seiten, reich bebildert) schildert die Beweggründe, in Lüneburg ein Heim zur Erholung für jüdische Kinder aus Berlin, dem Rheinland und Bergen-Belsen einzurichten.

Darin wird über die Schwierigkeiten der jüdischen Gemeinde vor Ort und der jüdischen Hilfsorganisationen, dieses Heim in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu unterhalten, berichtet. Sie gibt einen Einblick in das Alltagsleben der Heimkinder und informiert über die MitarbeiterInnen des Kinderheims. Sie beschreibt, wie die Heimkinder den Faschismus als Untergetauchte in Verstecken und in Konzentrationslagern überleben konnten. Und wie sie ihre Mütter oder/und Väter sowie weitere Familienangehörige verloren.

Ausführlich werden die weiteren Lebenswege einiger Kinder vorgestellt – wie sie sich mit künstlerischen Mitteln (Bela Heymann/Bela Winkens), durch Veranstaltungen und Vorträge (Jutta Grybski/Janet Beasley und Betty Blutstein/Batja Henner) oder wissenschaftliche Arbeiten (Heinz Friedländer/Henry Friedlander) mit ihrer Kindheit,

Landesdelegierten -konferenz

An die Mitglieder: Die VVN-BdA Niedersachsen e. V. führt vom 14. bis 15. Oktober 2023 ihre Landesdelegiertenkonferenz durch. Näheres über das Motto und den Ort erfährt Ihr über Eure Kreisvereinigung oder über das Landesbüro.

Für den Landesvorstand
Michael Rose-Gille

zu einem Feiertag zu erklären. Dies sei auch nötig, um »dem Erstarken der in weiten Teilen faschistischen AfD entgegenzutreten.«

Jonathan Kühnel, Ralf Jürgens



dem deutschen Faschismus und den Spuren dieser Vergangenheit in ihrer eigenen Biografie auseinandersetzen.

Bela Winkens etwa, die später SchauspielerIn und Autorin wurde, gab ihrem Solo-Bühnenprogramm den Titel: »Ich bin an der Erinnerung unheilbar krank«. Janet Beasley hingegen antwortete 2012 auf eine Frage nach ihrer Lebensleistung: »Ich habe dem Negativen in meinem früheren Leben nicht erlaubt, den Rest meines Lebens zu kontrollieren.«

Peter Asmussen

Die Broschüre kann unter der E-Mail-Adresse vnv-bda-lueneburg@vnv-bda-ig.de zum Preis von 7,00 EUR (einschl. Porto) auf Rechnung bestellt werden.

Göttingen gedenkt der sowjetischen Zwangsarbeiter*innen

Ein erstes gutes Zeichen

Einen Gedenkstein für die auf dem Göttinger Stadtfriedhof beerdigten sowjetischen Zwangsarbeiter*innen hat die Oberbürgermeisterin der Stadt Göttingen, Petra Broistedt (SPD), am 8. Mai 2023 der Öffentlichkeit übergeben. Das Denkmal soll an das Leid der Tausende Zwangsarbeiter*innen, die von 1939 bis 1945 in Göttingen leben und arbeiten mussten, erinnern.

Die Übergabe des Gedenksteines und die Veranstaltung der Stadt Göttingen am Tag der Befreiung vom Faschismus wurde von der VVN-BdA Göttingen begrüßt. Sie erinnert daran, dass jedes einzelne Opfer der NS-Zeit einen Anspruch auf ein persönliches Grabzeichen hat. Dies ist im Kriegsgräbergesetz, das auch für die Zwangsarbeiter*innen gilt, geregelt.

In vielen Gemeinden und Städten ist diese Regelung allerdings unbekannt, und so wurden zahlreiche Gräber von Zwangsarbeiter*innen

in den vergangenen Jahrzehnten beseitigt. Teilweise sind die Gräber auch bewusst eingeebnet worden, denn an diesen Teil der lokalen Geschichte wollte man sich nicht so gern erinnern.

Auch in Göttingen sollen noch die Namen, Geburts- und Sterbetage der Opfer sowie ihre Nationalität, vielleicht auf einer zusätzlichen Steinplatte, vermerkt werden. Die Verwaltung arbeitet derzeit an einer Umsetzung. Für die VVN-BdA Göttingen wäre es ein notwendiger Schritt, wenn die persönlichen Grabzeichen für die

verstorbenen Zwangsarbeiter*innen spätestens im nächsten Jahr am 8. Mai der Öffentlichkeit übergeben würden. Unterstützung erhielten die Forderungen der VVN-BdA durch eine Aktion der Gruppe »Gute Friedhofsgeister«. Sie steckten neben dem neuen Gedenkstein, dort, wo ein großer Teil der Zwangsarbeiter*innen beerdigt ist, ca. 250 Grabzeichen in den Rasen. Auf den Schildern standen – soweit bekannt – die Namen, Geburtstage und Sterbetage der NS-Opfer.

**Hans-Georg Schwedhelm,
Sprecher KV Göttingen**



Vor dem »Tag der Befreiung« wurden auf Initiative der VVN-BdA die Stolpersteine in der Peiner Fußgängerzone und in der Straße »Damm« geputzt. Danach erstrahlten sie wieder im hellsten Messing. Mit dieser Aktion erinnerten die Teilnehmer daran, dass durch das Verlegen der Stolpersteine an die Menschen gedacht wird, die durch die Verbrechen der Nazis ums Leben kamen. Ihnen wurde »ein Gesicht« gegeben. Im Anschluss wurden Rosen an den Stolpersteinen niedergelegt. Foto: Peter Baumeister

Gegen Kriminalisierung in Braunschweig: Solidarisch mit Klimabewegung

Ende Mai haben in vielen Städten Menschen gegen die Kriminalisierung der Klimagerechtigkeitsbewegung protestiert. Auch in Braunschweig hatten sich am 31. Mai rund 200 Menschen auf dem Schlossplatz versammelt.



»Solidarisch gegen Razzien: VVN-BdA.«

Foto: M. Hartung

Aufgerufen zu dieser Kundgebung hatte das Braunschweiger Klimanetzwerk, ein Zusammenschluss verschiedener Klimagerechtigkeitsgruppen. Die VVN-BdA zeigte deutlich ihre Solidarität (Foto).

Die Kundgebung war eine Reaktion auf die Hausdurchsuchungen bei Aktivist:innen der »Letzten Generation« in mehreren Bundesländern. Aber auch das Verkehrswende-Projekt »Amsel44« in Wolfsburg war von den Razzien betroffen: Dessen Büro wurde Ende Mai ebenfalls durchsucht, dabei wurden sämtliche Rechner sowie anderes Gerät beschlagnahmt. Diese Repression gegen Klimaaktivist:innen wurde in allen Redebeiträgen der Kundgebung immer wieder scharf verurteilt. Die Versammelten waren sich darin einig, dass die Klimabewegung mit allen Betroffenen solidarisch sein müsse, auch, wenn in der einen oder anderen Frage unterschiedliche Auffassungen bestehen. »Wer ist hier kriminell? Wer radikalisiert sich? Die

Klimaaktivist:innen oder der Staat?« Diese rhetorischen Fragen waren auf der Kundgebung immer wieder zu hören. Es wurden auch einige wichtige Stimmen zitiert, die diese Repression für absolut unangemessen und völlig überzogen halten. So z. B. die von UNO-Generalsekretär António Guterres, der angesichts der Versuche, Klimaschützer:innen zu kriminalisieren, sagte: »Klimaaktivisten – angeführt von der moralischen Stimme junger Menschen – haben ihre Ziele auch in den dunkelsten Tagen weiter verfolgt. Sie müssen geschützt werden und wir brauchen sie jetzt mehr denn je.«

Die VVN-BdA-Mitglieder jedenfalls nehmen sich vor, die bereits bestehenden Kontakte zur Klimagerechtigkeitsbewegung auszubauen und zu pflegen. Sie können mit ihrer langen Erfahrung hinsichtlich der Repression der deutschen Behörden gegen demokratische und linke Bewegungen bei Bedarf nützliche und hilfreiche Hinweise geben.

Alfred Hartung

Klimacamp »Amsel 44«

Antifa-Fahrradtour

Vom 5. bis 10. Mai organisierte das Verkehrswende-Projekt »Amsel44« in Wolfsburg ein Klimacamp mitten in der Stadt – nach eigener Auskunft sozusagen in der »Höhle des Löwen«.

Fünf Tage lang diskutierten vorwiegend junge Menschen aus Niedersachsen und anderen Bundesländern die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Stärkung des öffentlichen Verkehrs und die Probleme beim Rückbau der Automobilindustrie (siehe www.verkehrswendestadt.de/vw-umbauen/).

Die Wolfsburger VVN-BdA hatte auch eine Antifa-Stadtrundfahrt am 6. Mai im Programm angeboten. Trotz vieler anderer interessanter Programmpunkte nutzten etwa 20 Teilnehmer*innen diese Möglichkeit. Sie waren beeindruckt davon, dass nur einige Jahrzehnte früher

die gesamte heutige Innenstadt und auch das Gelände ihres Klimacamps von Zwangsarbeiter*innen-Baracken übersät war. Besonders die Geschichte des ehemaligen sogenannten Kinderheims des Volkswagenwerkes, unmittelbar neben dem heutigen Klimacamp gelegen, berührte die jungen Aktivist*innen sichtlich. Dort kamen, vorsätzlich vernachlässigt, fast 80 Kleinkinder von Zwangsarbeiterinnen um. An der Berufsschule, die heute dort steht, hatte die Wolfsburger VVN-BdA im Jahr 2013 gemeinsam mit dem IG Metall-Ortsteil und Schüler*innen der Berufsschule ein Relief angebracht.

Eine weitere Station war die Info-stele vor der berufsbildenden Schule BBS II, die auf das ehemalige Militärstraflager hinweist. Dort herrschten besonders brutale Bedingungen. Die Stele zeigt die Überlagerung des historischen Lagerplans mit dem aktuellen Stadtplan. Die identische Straßenführung schockte die Teilnehmenden besonders. »Dann sind wir ja gerade auf den ehemaligen Lagerstraßen gefahren« – so eine junge Teilnehmerin. **Alfred Hartung**

Artikel und Fotos bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit, Danke!

Wir freuen über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto mit der IBAN DE79 8306 5408 0004 2128 86